

40 Jahre AVES Zug – Rückblick und Ausblick

Guten Abend, sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte energiebewusste und energiebesorgte Damen und Herren

Seit 40 Jahren gibt es uns, die AVES Zug. 1984 wurde die Regionalgruppe Zug der Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz gegründet. Einige der Gründer sind heute in diesem Saal anwesend. Schon früher gab es andernorts energiepolitische Gruppierungen mit gleicher Zielsetzung. Anlass für diese Gründungen waren die wiederholt eingereichten Initiativen von „grüner“ Seite, aus der Kernenergie „auszusteigen“. Diesem ideologischen Ansatz wollten wir von der AVES eine rationale Betrachtungsweise entgegensetzen. Immer setzte sich die AVES dafür ein, dass für die Versorgungssicherheit in unserem Land alle Energien genutzt werden können. Mit dieser Überzeugung bekämpfte die AVES alle 5 Atom-Ausstiegsinitiativen, die vom Schweizer Volk dann auch abgelehnt wurden, die letzte erst 2016.

Zu den besten Zeiten gab es rund 20 AVES-Regionalgruppen - auch im Tessin und in der Westschweiz. Diese schlossen sich im Laufe der Jahre zur schweizerischen Dachorganisation „AVES Schweiz“ mit etwa 4'000 Einzelmitgliedern zusammen. Die Präsidenten der AVES Schweiz waren stets bekannte Politiker aus allen bürgerlichen Parteien. Die Vernetzung im Eidg. Parlament begann mit wenigen Parlamentariern. In den Spitzenzeiten, um 2010 herum, gehörten fast die Hälfte der National- und Ständeräte unserem Netzwerk an.

Sie sehen, wie breit die Abstützung in der Bevölkerung und in der Politik war. Sie wissen aber auch, wie schnell etwas ändern kann. So geschehen nach dem Tsunami in Fukushima.

Die damalige weibliche Bundesratsmehrheit hatte emotional und ohne Analyse der Lage entschieden, dass keine neuen Kernkraftwerke gebaut

werden sollen. Heute kann wohl niemand bestreiten, dass dieser Entscheidung nicht nur unsere künftige Stromversorgung massiv gefährdet, sondern auch unseren Landschaftsschutz und unsere Klimapolitik negativ beeinflusst. Unsere Landesregierung folgte dem Rezept der deutschen Bundeskanzlerin Merkel. Und heute sehen wir, wohin diese deutsche Energiepolitik geführt hat, nämlich zu den höchsten Strompreisen in Europa, zu einem Verharren der CO₂-Emissionen auf sehr hohem Niveau (ca. 9 t/Kopf) und zur fortschreitenden De-Industrialisierung Deutschlands. Die Schweiz ging etwas weniger weit. Der Bundesrat hatte die Einsicht, dass es wenig Sinn macht, unsere AKW abzustellen, solange sie sicher betrieben werden können. Trotzdem und dummerweise hat die BKW im Dezember 2019 das AKW Mühleberg abgestellt.

Jetzt wird einer breiten Bevölkerungsschicht klar, dass die 2017 vom Volk abgesegnete Energiestrategie 2050 eine ganz andere Wende bringt als erhofft. Es wurde eine Wende zu Versorgungsengpässen, eine Wende zu massiven Kostenerhöhungen, eine Wende zu Technologieverböten und eine Wende zu mehr Auslandabhängigkeit. Diesen Weg sollten wir nicht weiterverfolgen. Wir müssen nun zügig und entschlossen Lösungen anvisieren - vor allem um unser Winterstrom-Problem in den Griff zu bekommen. Politisch scheint es mir ganz wichtig, die Bevölkerung, auch die noch zögernden Leute im grün-roten Milieu, für dieses Anliegen zu gewinnen. Wie könnte dies geschehen?

Vor allem müssen die in der Energiepolitik verwendete Sprache und ihre Begriffe endlich ehrlich und wahrhaftig werden. Viele in der Politik, in den Medien, auch in der Wirtschaft verwendete Begriffe sind unklar und irreführend. Ein Beispiel:

Erneuerbare Energie: Dieser Begriff wird meistens im Sinne von „guter, umweltfreundlicher Energie“ verwendet. Im Strombereich stimmt dies zwar weitgehend für die Wasserkraft. Bei den sog. Neuen erneuerbaren

Energien, insbesondere Solar und Wind, stimmt dies in der Regel überhaupt nicht. Der Materialbedarf, der Energiebedarf für die Infrastruktur, der Ausbau der Stromnetze inklusive notwendige Speichermöglichkeiten sowie der Flächen- und Raumbedarf dieser Stromproduktion sind pro erzeugte kWh Strom massiv höher als bei Wasser- oder Nuklearstrom. Zudem ist solcherart erzeugter Strom intermittierend, also unzuverlässig. Manchmal kommt der Strom (auch wenn man ihn gerade nicht brauchen kann), manchmal kommt er nicht (wenn man ihn dringend bräuchte). Immerhin: bei **optimalen Rahmenbedingungen** und in **begrenztem Umfang** kann auch Wind- und Solarstrom sinnvoll sein. Er ist aber mitnichten eine zuverlässige Lösung für unsere Stromversorgung im Winter.

Der aus Solar- und Windanlagen erhoffte Strom steht meistens gar nicht zur Verfügung, weil eben gar kein Strom produziert wird. Übers Jahr gerechnet können bei den Solaranlagen ca. 10 % der installierten Kapazität genutzt werden - im Winterhalbjahr schrumpft dies auf fast 0 % zusammen. Bei den Windstromanlagen sind es im Jahresdurchschnitt etwa 15% Kapazitätsausnutzung. Mehrheitlich sind die so investierten zweistelligen Milliardenbeträge also weitgehend unproduktives, totes Kapital. Oder direkter gesagt: dies ist eine Verschwendung knapper Umwelt- und Finanzressourcen!

Es gibt zahlreiche weitere Begriffe, die häufig oberflächlich und irreführend verwendet werden, z.B.: **Grüner Strom, Nachhaltigkeit, 2000-Watt-Gesellschaft, Klimaneutralität etc.**

Es gibt auch Beispiele von amtlicher Desinformation. Ein aktuelles Beispiel: Im Juni 2024 haben wir die Abstimmung zum „Bundesgesetz über eine **sichere Stromversorgung mit erneuerbarer Energie**“. Ich will jetzt nicht auf den konkreten Inhalt dieser Vorlage eingehen. Aber da wird uns im Titel vorgegaukelt, eine sichere Stromversorgung sei möglich allein auf der Basis von erneuerbarer Energie. Dem ist nicht so!

Ein anderes Beispiel: Das Bundesamt für Energie publizierte am 8.9.2023 ein Communiqué, wonach im Jahr 2022 „an der Steckdose gemessen (Zitat)“ knapp 79 % des Stroms aus erneuerbarer Energie und 20 % aus Kernenergie stammte. Dies ist im Endeffekt eine glatte Desinformation. Effektiv zeigte der Schweizer Produktionsmix im Jahresdurchschnitt 2022 nämlich einen Kernenergieanteil von 36.4 % und im Winterhalbjahr einen solchen von 44.6%. Ich frage Sie, warum darf nicht ehrlich und wahrhaftig informiert werden, dass unsere Winterstromversorgung fast ausschliesslich von Wasserstrom und Kernenergie abhängig ist und die Neuen erneuerbaren Stromquellen praktisch keinerlei Beitrag leisten?

Wieso wird die Bevölkerung, der Souverän, so in die Irre geführt? Ich denke, vorwiegend aus politischen und wirtschaftlichen Motiven! Es war bisher ein politisches Erfolgsrezept, den Leuten das schöne Lied der neuen Erneuerbaren Energien vorzusingen und sich so ein grünes Mäntelchen umzuhängen.

Perfide verhalten sich auch Teile der Wirtschaft: Es gibt Firmen, die sich bei den Milliarden-Subventionen im Bereich der Energie- und Klimapolitik ungehemmt bedienen – im klaren Wissen, dass ihr Tun für die Umwelt relativ wenig bringt oder sogar negative Effekte zeitigt. Da geht es eben nicht um Umwelt- und Klimaschutz, sondern ums Geschäft, welches im Bereich der Subventions-Honigtöpfe besonders einträglich ist - bis 60 % der Kosten können den Konsumenten und Steuerzahlern aufgebürdet werden.

Die Kompetenzen in der Energiepolitik liegen gemäss BV Art. 89 bei Bund und Kantonen gemeinsam. Insbesondere die Kantone haben in den letzten Jahren ihre Verantwortung nicht mehr wahrgenommen. Die grossen Stromerzeuger Axpo, Alpiq, BKW, IWB, EWZ etc. stehen zwar vollständig oder mehrheitlich im Eigentum der öffentlichen Hand. Man sollte nun

meinen, der Auftrag dieser Stromproduzenten bestehe darin, die Stromversorgung der Bevölkerung jederzeit ausreichend, wirtschaftlich und umweltverträglich sicher zu stellen. Aber irgendwie ist dieser verfassungsmässige Auftrag in Vergessenheit geraten. Die politisch Verantwortlichen verstecken sich hinter den jeweiligen Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen – sie greifen bei den heutigen, offensichtlichen Verirrungen nicht durch. Axpo, Alpiq und andere blasen sich lieber als grosse Stromhändler in Europa und Übersee auf. Und suchen Schutz und Milliardenunterstützung beim Bund, wenn ihre Spekulationen nicht aufgegangen sind.

Der schweizerische Strommarkt ist per se kein freier Markt. Der Staat muss die Rahmenbedingungen definieren und nicht irgendwelche bonusgetriebene Stromhändler. So wie es jetzt läuft, kann ich bei diesen Staatsunternehmen fast nur organisierte Verantwortungslosigkeit erkennen – gepaart mit Spekulationsfieber und Subventionshuberei. Bis heute sehen sich weder die Eigentümer-Kantone noch sonstige politische Kräfte veranlasst, eine wirkliche Verbesserung herbei zu führen. Dies muss sich ändern!

Was ist das für ein Unterschied zu früheren Zeiten als die sog. „Strombarone“, Ingenieure mit viel Weitblick und Verantwortungsbewusstsein, als Chefs dieser Firmen die Stromlandschaft prägten. In den sog. **Zehn-Werke-Berichten** haben sie die Verbrauchsvarianten für die nächsten Dekaden berechnet und die Produktionskapazitäten danach ausgerichtet. Und heute? – nichts dergleichen. Das unverantwortliche Abwarten bei der Winterstrom-Versorgung führt uns früher oder später in die Strommangellage, zum Blackout. Schlimm. Ganz schlimm. Nicht umsonst bezeichnet das Bundesamt für Bevölkerungsschutz seit Jahren eine langanhaltende Strommangellage als weitaus grösstes Risiko für unsere Bevölkerung.

Natürlich ist auch die Bundespolitik für diese Entwicklung verantwortlich, weil mit der Energiestrategie 2050 schwergewichtig eine Importstrategie

gewählt wurde. Das war ein grosser Fehler, zu dem heute niemand mehr stehen will. Es ist einfacher, von der Auslandabhängigkeit abzulenken z.B. mit der Behauptung, diese negative Entwicklung und die enorme Strompreis-Explosion hätten mit dem Ukraine-Krieg zu tun. Und man brauche jetzt dringend ein Stromabkommen mit der EU. Ich warne davor, Fehlentscheide mit neuen Fehlern zu übertünchen. Eine bessere Lösung wäre, sich an das alte Rezept zu erinnern, das in Stromwirtschaft und Politik bis in die 1990er Jahre allgemein anerkannt war: **Die Einhaltung der sogenannten 95 % Stromversorgungssicherheit im Winter** d.h: Die Organe der Stromwirtschaft und der Landesversorgung hielten sich während Jahrzehnten an die Regel, dass in 19 von 20 Winterhalbjahren die Stromproduktion innerhalb der Schweiz selbst sichergestellt wird.

Wir müssen rational, vernünftig handeln! Unsere Bevölkerung wird uns dabei unterstützen, weil sie wirklich etwas Positives für die Umwelt- und Klimapolitik erreichen will. Etwa 75 % der Bevölkerung wollen eine sichere, umweltfreundliche, CO₂-arme Stromversorgung. Wenn nötig auch mit Kernkraft – wie die Umfragen von „20 Minuten“ und „Nau“ nach Einreichung der Blackout-Initiative gezeigt haben.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, Sie sind gefordert. Es gibt sehr viele falsche energiepolitische Vorstellungen, die es zu korrigieren gilt. Sie sind aufgerufen, zusammen mit vernünftigen Politikern aus allen Parteien, die schlingernde, nicht zielführende Energiepolitik auf einen tragfähigen Boden zu stellen.

Die Grüne Partei in Finnland lebt dies seit einigen Jahren vor. Sie hat begriffen, dass eine umweltfreundliche Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft nur mit einem genügenden Stromangebot zu erreichen ist. Im Weiteren haben die Grünen in Finnland erkannt, dass Kernenergie für den Umwelt- und Klimaschutz unabdingbar ist, weil sie neben der

Wasserkraft die CO₂-ärmste Stromquelle ist. Getreu dem Motto „Wer immer noch gegen Kernenergie ist, wird mehr CO₂-Belastung ernten“.

Auch wir in der Schweiz sollten den Weg der energiepolitischen Romantik verlassen und uns der Realität stellen. Hierbei könnte uns die Initiative **„Jederzeit Strom für alle“ (Blackout-Initiative)** helfen, die am 16. Februar 2024 von unserer Schwesterorganisation Energie Club Schweiz ECS eingereicht wurde. Meine Botschaft entspricht dem Wortlaut dieser Initiative:

„Die Stromversorgung muss jederzeit sichergestellt sein.“

„Der Bund legt dafür die Verantwortlichkeiten fest.“

„Die Stromproduktion hat umwelt- und klimaschonend zu erfolgen.“

„Alle klimaschonenden Arten der Stromerzeugung sind zulässig.“

Herr Bundesrat, ich danke Ihnen für Ihr Wirken im Interesse unseres Landes.

8.3.2024/AVES/K. Studerus

Vortrag gehalten am 8. März 2024 am Jubiläumsanlass der AVES Zug mit Bundesrat Dr. Albert Rösti, Chef UVEK.

© Konrad Studerus (KST)